Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 174
12. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution.
Von Sinowjew 1469

Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1470
Hände weg vom Arbeiter-Deutschland! 1471

Politik.
Die Lage in Ungarn. Von Boroß 1472

Wirtschaft.
Das Hauptproblem der jetzigen russischen Volkswirtschaft. Von Rubiner 1473

Arbeiterbewegung.
Die Ruhrarbeiterschaft unter den Schlägen des geeinigten deutsch-französischen Kapitals. Von Leder . . 1474

Aus der Internationale.
Die Norwegische Arbeiterpartei von Tranmael gespalten! Von Schüller 1475

Deutschlandhilfe
Internationaler Hungerhilfskongreß für Deutschland. . 1476
Die Hilfsfront erweitert sich 1476

Aufrufe.
An die Antimilitaristen aller Länder! 1476

Die Probleme der deutschen Revolution.

Die deutsche Revolution und die russische Gegenrevolution.

Von G. Sinowjew.

** Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wird immer mehr auf die Ereignisse gelenkt, die in Deutschland heranreifen. Nur ganz blinde Menschen sehen nicht, daß in der nächsten Zeit das Schicksal Europas in Deutschland entschieden wird, daß das wichtigste Blatt in der Geschichte der Weltrevolution umgewendet wird, daß Ereignisse herannahen, die das Schicksal der neuesten politischen Geschichte auf Jahrzehnte hinaus bestimmen.

Natürlich reagiert jede Klasse auf die Ereignisse in Deutschland auf ihre Art. Die fortgeschrittensten Arbeiter der ganzen Welt begreifen vollkommen klar den Zusammenhang der deutschen Revolution mit dem Schicksal des internationalen Proletariats. Wenn das Gros der proletarischen Masse das noch nicht klar begreift, so fühlt es das doch instinktiv. Das westeuropäische Kapital, insbesondere das französische, hat bis in die letzte Zeit hinein gute Miene zum bösen Spiel gemacht, zog ein harmlos lächelndes Gesicht und tat so, als ob die „Anarchie" in Deutschland es nicht interessiere. Aber besonders energisch reagiert auf die Ereignisse in Deutschland die russische Gegenrevolution der Bürgerlichen und Gutsbesitzer. Sie ist nicht nur aufgescheucht, sondern sie erlebt eine richtige Kurssteigerung. Vom Sieg der Gegenrevolution über das deutsche Proletariat erwartet die russische Bourgeoisie und erwarten die Gutsbesitzer, die mit eisernem Besen in die weißgardistische Emigration hinausgefegt worden sind, ihre Rettung. Und auf ihre Art haben sie vollkommen recht. Wenn sie überhaupt noch durch irgend etwas gerettet werden können, so nur durch den Sieg der europäischen Bourgeoisie über die deutsche Revolution.

Vergeblich versuchen einzelne abgeklärte „Sowjet"-Bourgeois, das Temperament ihrer „Brüder", der weißen Emigranten, zu kühlen. Die Zeitung der Sozialrevolutionäre (Nr. 276) teilt mit:

> „Ein intelligenter Mensch, der den Bolschewiki ebenso fernsteht, wie den Marsbewohnern, schreibt aus Rußland nach Deutschland: Kehrt möglichst schnell nach Hause zurück, wir sind hier schon im stillen Hafen, und bei Euch entbrennt erst das Oktoberfeuer."

Man lacht ihn aus. Er hat das Erstgeburtsrecht der Bourgeoisie für das Linsengericht eines sowjetistischen „stillen Hafens" verkauft. Er begreift nicht, daß nur die Niederlage des deutschen Oktobers noch die russische Bourgeoisie und die Gutsbesitzer retten kann.

Aufmerksam beobachtet Miljukows Zeitung, des Führers der bürgerlichen und gutsbesitzerlichen Emigranten, die Vorgänge in Deutschland:

> „Das Traurigste für Deutschland ist das, daß der politische Todeskampf des Reiches nirgends auf die Todestraurigkeit einer patriotischen Unruhe stößt. Der Reichstag ist noch ehrloser als das russische Vorparlament im Oktober 1917." („Poslednije Nowosti" Nr. 1027.)

In Belgrad hat sich der weiße Gutsbesitzerstab versammelt. Hier wird auch die Zeitung „Nowoje Wremja" gedruckt, die aus Petersburg ausgewandert ist. In dieser Zeitung kann man lesen:

> „Es ist ganz klar, — wenn in Europa der Entschluß aufkommen würde, die Sowjetregierung zu stürzen und die Ordnung in Rußland wieder herzustellen —, daß das hauptsächlich mit den Kräften der russischen weißen Emigration selbst ausgeführt würde. Von Europa müßte man Geldmittel, technische Unterstützung und vielleicht den Schutz der Etappe verlangen, während die bewaffnete Operation selbst zweifellos mit den Kräften derjenigen Russen durchgeführt werden würde, die dem Großfürsten Nikolai Nikolaijewitsch und dem General Wrangel folgen würden."

Und weiter:

> „Nehmen wir einmal das Unwahrscheinlichste an. Die Kerntruppen der russischen Armee des Generals Wrangel mögen zerstreut sein. Die Intervention mag ausschließlich durch Ausländer gemacht werden. Selbst in einem derartigen durchaus unwahrscheinlichen Fall werden die Sympathien jedes russischen Patrioten, ganz unabhängig von seiner Orientierung und seiner politischen Anschauung, auf der Seite der Ausländer sein müssen. Es ist klar, daß eine bewaffnete Intervention, zu der sich Europa entschließen würde, nicht um unserer schönen Augen willen und nicht aus Sympathie für uns unternommen werden würde, sondern ausschließlich deshalb, weil es die Interessen Europas erfordern." („Nowoje Wremja", 20. August 1923.)

Die Sache ist klar: Europa wird aus Anlaß der deutschen Revolution von neuem eine bewaffnete Intervention gegen den Bund Sozialistischer Sowjetrepubliken brauchen. Der Stern Nikolai-Nikolaijewitschs und des Generals Wrangel wird wieder hoch aufgehen. Wenn es der europäischen Bourgeoisie gelingen

wird, die deutsche proletarische Revolution zu erdrücken und einen Stoß gegen Sowjetrußland zu führen, dann wird die „Armee" Nikolai-Nikolaijewitschs und Wrangels von neuem zu aktivem Kriegsdienst gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands aufgerufen werden. Um die „öffentliche Meinung" auf diesen längst erwarteten Moment vorzubereiten, druckt dieselbe „Nowoje Wremja" (Nr. 695) ein gefälschtes Manifest „An die Arbeiter und Proletarier der Welt" ab, das angeblich von „Arbeitern Petersburger Fabriken" unterschrieben ist. In diesem Manifest kann man folgendes lesen:

„Wehe uns! Wir waren sehr erfreut, als die Note der englischen Regierung kam, und wir glaubten, daß Lord Curzon unser Befreier werden würde. Aber unsere Hoffnungen sind betrogen worden. Jetzt hoffen wir noch auf unsere Verbündeten, die Franzosen und insbesondere auf Herrn Poincaré. Wir hoffen, daß das französische Volk uns helfen wird, uns von unseren blutigen Bedrückern zu befreien. Wir hoffen auf Frankreich, Belgien und Polen."

Die Fälschung ist grobschlächtig. Man muß nicht besonders gewählten Geschmack besitzen, wenn man sich entschließt, eine solche Fälschung zu drucken. Aber weshalb war gerade so eine Fälschung heute der Saison entsprechend? Weshalb kam plötzlich Nachfrage nach solchen Dokumenten auf? Das ist klar: es roch nach einem neuen Braten, einer neuen Intervention „Europas" gegen den Bund Sozialistischer Sowjetrepubliken.

Es muß der Eindruck erweckt werden, daß sogar die bekannten Aufrührer, die Arbeiter der Petersburger Fabriken, ihre Hoffnungen auf Curzon, Poincaré und das bürgerliche Polen setzen. Ein jedes Gemüse wächst zu seiner Zeit.

Auch der General Krassnow regt sich:

„Es kommt mir vor, als ob ich Eure Frage spüre und nicht nur Eure, sondern auch die vieler Kosaken: Wann? Ich antworte mutig: Bald!

Die nationalen Ideen, die den Kommunismus vernichten, ergreifen allmählich die ganze Welt. Sie sind in Italien aufgetaucht, haben auf Bulgarien übergegriffen, verstärken sich in Bayern, ergreifen allmählich Frankreich.

Man muß abwarten, wann die rote Fahne abgerissen und ersetzt sein wird durch das nationale Banner. Man muß abwarten, wann an die Stelle der Roten Armee die Russische Armee treten wird, deren Führer der Großfürst ist. Dieser Tag ist nicht mehr fern." (Abdruck des Flugblattes „Der Kubaner" in „Nowoje Wremja" vom 5. Oktober 1923.)

Und damit gar kein Zweifel möglich ist, erklärt die „Nowoje Wremja":

„Jawohl, nur starke Männer können die für ihr Volk notwendige Politik machen und ihr Land zu Erfolgen führen, nicht aber ein Parlament. Solcher starken Männer gibt es in Europa nur drei: Poincaré, Paschitsch und Mussolini, und um sie herum wird vorläufig die Politik Europas gebaut werden, Europas politisches und wirtschaftliches Leben.

Wenn die Welt auf drei Walfischen ruht, so steht auch Europa auf drei Walfischen, und der vierte wird, wenn er kommt, möglicherweise das Gleichgewicht Europas stören. Aber das Gleichgewicht der ganzen Welt erfordert, daß dieser Walfisch nicht in Europa sei, sondern daß er auf der Grenze zwischen Europa und Asien stehe. Dieser notwendige Walfisch ist das nationale Rußland." („Nowoje Wremja" Nr. 726.)

Es rührt sich das ganze Weißgardistengesindel. Herr Miljukow kokettiert noch mit dem Gedanken der Verurteilung einer neuen Intervention. Aber von Tag zu Tag wird sein „Widerstand" schwächer. Er ist „gezwungen", seinen Opponenten nachzugeben. Wenn es nur der internationalen Bourgeoisie gelingen würde, das Rückgrat der deutschen proletarischen Revolution zu brechen und das bürgerliche Polen gegen Sowjetrußland in Bewegung zu setzen, so wird man selbstverständlich Miljukow nicht allzulange zu überreden brauchen, um sein „Einverständnis" zu einer neuen Intervention zu erhalten.

Die russischen Bauern, Arbeiter und Rotarmisten müssen wissen, daß unser Schicksal mit dem Schicksal des deutschen Proletariats nicht nur deshalb verbunden ist, weil wir als Kommunarden mit dem Kampfe der Werktätigen in anderen Ländern sympathisieren — nein, wir sind auch noch mit Gut und Blut daran interessiert, als Klasse, die an der Spitze unseres Staates steht. Deutschland in einige „unabhängige" Staaten zerfetzen, an deren Spitze jedesmal ein gehorsamer Handlanger steht, die proletarische Avantgarde abschlachten und dann, nach kurzer Zeit, das weiße Deutschland gegen Sowjetrußland marschieren zu lassen — das ist der Plan der europäischen Bourgeoisie, die von Herrn Poincaré geführt wird, das ist der Plan, auf den die russische Bourgeoisie, die russischen Gutsbesitzer hoffen, und um deswillen sie ihre Reihen neu formieren, das ganze Pack, das die Zeitungen „Nowoje Wremja", „Poslednij Nowosti", „Rul" und andere wenig ehrenwerte Zeitungen herausgibt. Die europäische Bourgeoisie und die russische Gegenrevolution rechnen damit, daß das weiße Polen, das weiße Finnland, das weiße Lettland und das weiße Rumänien unbedingt alles gegen die russische Revolution unternehmen werden, was ihnen befohlen wird, und mit diesen Staaten zugleich wird es ihnen gelingen, nach Unterdrückung des deutschen Proletariats auch noch das weiße Deutschland und die russischen weißen Offiziere, die im Ausland leben und unter dem Kommando des Generals Wrangel und Nikolai-Nikolajewitschs stehen, gegen die russischen Arbeiter und Bauern zu werfen. Dann ist das Spiel gewonnen . . .

Der Sieg der europäischen Bourgeoisie über die deutsche proletarische Revolution wird notwendigerweise den Kampf der russischen Gegenrevolution gegen die russischen Arbeiter und Bauern beleben. Wenn es den Nikolai-Nikolajewitsch und Wrangel tatsächlich gelingen würde, unterstützt von einer internationalen Intervention, in unser Arbeiter- und Bauernland einzudringen, so würde das bedeuten, daß die Macht der Gutsbesitzer wieder hergestellt werden würde, daß dem Bauern das Land wieder fortgenommen und den „gesetzlichen" Besitzern zurückgegeben würde, daß einige Generationen russischer Arbeiter und Bauern gezwungen sein würden, die Schulden des Zaren zu bezahlen, daß die weißgardistischen Offiziere versuchen würden, eine neue weiße Bauernarmee zu schaffen und sie zum Krieg gegen die europäischen Arbeiter zu zwingen. Diese sehr wenig komplizierte Mechanik Dutzenden von Millionen Arbeitern und Bauern unseres ganzen Verbandes der Sowjetrepubliken klarzumachen — das ist die wesentliche Grundaufgabe des Tages.

Und was kann der Sieg der deutschen proletarischen Revolution dem Arbeiter und Bauern unseres Sowjetverbandes geben?

Der Gedanke des Bündnisses zwischen Deutschland und Sowjetrußland ist schon heute in Deutschland außerst populär und hat Millionen von Anhängern. Das proletarische Deutschland würde vom ersten Tage seiner Existenz an das engste Bündnis mit Sowjetrußland schließen. Dieses Bündnis könnte unberechenbare Vorteile für die werktätigen Massen Deutschlands wie auch unseres Sowjetverbandes bringen. Sowjetrußland mit seiner vorwiegend ländlichen Wirtschaft und Deutschland mit seiner vorwiegenden Industrie ergänzen einander auf das beste. Das Bündnis zwischen Sowjetdeutschland und Sowjetrußland würde eine gewaltige wirtschaftliche Kraft bilden. Ein solches Bündnis hätte alle wirtschaftlichen Quellen zu seiner Verfügung, die zum Gedeihen sowohl Sowjetdeutschlands wie Sowjetrußlands notwendig sind. angefangen mit jeder Art von Rohstoffen bis zu den modernsten und letzten Industrieerzeugnissen der Industrietechnik Die Landwirtschaft Sowjetrußlands würde von einem solchen Bündnis ungeheuer profitieren, denn unser Dorf würde unter günstigen Bedingungen die notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen, Kunstdünger usw. erhalten. Die Großindustrie Deutschlands würde nicht minder gewinnen, denn sie würde in hohem Grade mit Rohstoffen und Absatzmärkten versorgt sein.

Das Bündnis mit einer siegreichen proletarischen deutschen Revolution kann schnell und radikal die gefährlichen Seiten unseres „Nep" unschädlich machen. Das Bündnis eines proletarischen Deutschlands mit Sowjetrußland würde eine neue Phase des „Nep" schaffen, würde die Entwicklung unserer Staatsindustrie beschleunigen und befestigen und würde die Tendenzen der neuen Bourgeoisie zur Ergreifung der Herrschaft in der Wirtschaft unseres Sowjetverbandes an der Wurzel abschneiden.

Ein solches Bündnis würde auch in hohem Grade die Hebung des Kulturniveaus in den breitesten Schichten der Bevölkerung beider Länder beschleunigen. Dieses Bündnis hätte unzählige Folgen des Fortschritts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nicht nur für beide Länder, sondern für die ganze Welt.

Deshalb muß das Schicksal der deutschen Revolution die Arbeiter und Bauern des ganzen Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken stark interessieren.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 12. November 1923.

** Als wir unseren letzten Bericht über die Lage abgeschlossen hatten, kam aus München die Nachricht, daß Kahr und Lossow sich plötzlich gegen Hitler und Ludendorff gewendet haben. Zu dieser Wendung der Dinge bemerkten wir:

„Selbst wenn sich die Nachricht bewahrheiten sollte, so ist damit der Kampf in Bayern noch nicht entschieden. Sollten

Kahr und Lossow Sieger bleiben, so wäre die bayerische Frage gleichwohl noch nicht gelöst."

Was sich seither ereignet hat, bestätigt vollauf diese unsere Voraussage. In der Tat, der Kampf in Bayern ist noch lange nicht erledigt. Die letzten Meldungen aus München besagen vielmehr, daß die Kampfverbände sich geschlossen hinter Hitler und Ludendorff stellen, daß bewaffnete und unbewaffnete Nationalsozialisten überall in München Kundgebungen veranstalten und die versprengten Hitler-Truppen sich in den Wäldern um München und in Ober-Bayern sammeln. Immerhin ist es möglich, daß Kahr und Lossow dennoch mit den Nationalsozialisten fertig werden. Aber auch dieses würde keine Lösung der bayerischen Frage bedeuten.

Kahr und Lossow haben zuerst den Hitler-Ludendorff-Putsch mitgemacht. Jetzt behaupten sie allerdings, ihre Zustimmung hierzu sei ihnen abgepreßt worden. Sie haben indessen ihren Frontwechsel wahrscheinlich nur deshalb vorgenommen, weil dem „Platzhalter der Monarchie" von dem Kronprätendenten, dem Prinzen Rupprecht, nachträglich zu Ohren geführt worden ist, daß ein bayerisches Königreich, dessen militärische Streitkräfte unter dem Oberbefehl des Generals Ludendorff stehen, von Poincaré und dessen Hintermännern auf keinen Fall geduldet werden würde. Ein solches Beginnen würde daher von vornherein den Keim des Unterganges in sich tragen. Deshalb mußte Herr von Kahr wieder umschwenken.

Es ist allerdings möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß Herr von Kahr auch an den Methoden, die Hitler und Ludendorff zur Eroberung der Macht anwandten, manches auszusetzen hatte. Das aber ändert nichts an der Tatsache, daß sowohl die erste durch die Korrespondenz Hoffmann verbreitete Kundgebung des Herrn Generalstaatskommissars als auch seine Erklärungen vor den Pressevertretern ausdrücklich hervorgehoben haben, daß er im Ziele mit Hitler vollkommen einig gehe. Er ist also ebenfalls für die Liquidierung der November-Revolution, d. h. für die gewaltsame Liquidierung der Weimarer Verfassung, mit anderen Worten: für den Staatsstreich. Würde also Herr von Kahr Sieger bleiben, so würde das nur den Sieg der einen Gruppe der Staatsstreichler über die andere Gruppe bedeuten, und das Reich stände nach wie vor vor der Aufgabe, die Staatsstreichler zu liquidieren.

Ob Herr Stresemann die Kraft und den Willen dazu aufbringen wird, das ist natürlich eine andere Frage. Und daß ein Zweifel über diesen Willen Stresemanns, mit den Staatsstreichlern fertig zu werden, überhaupt aufkommen kann, verschärft an sich die Lage ungeheuer.

So besteht also die Reichskrise in ihrer vollen Schärfe fort.

Inzwischen hat auch die auswärtige Lage des Reiches eine neue Verschlechterung erfahren. Eine energische Erledigung Ludendorffs hätte zweifellos nach außen hin eine gute Wirkung auslösen können. Jedoch die Art seiner Erledigung, die übrigens noch lange keine Erledigung ist, muß bei den Regierungen der Großen wie der Kleinen Entente das stärkste Befremden, wenn nicht gar das größte Mißtrauen erwecken. Die Ablehnung der Note der Botschafterkonferenz, die, fußend auf den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, die Forderung der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland erhob, wird sicherlich ebenfalls nicht zur Stärkung der außenpolitischen Stellung Deutschlands beitragen.

Aber auch die soziale Lage im Innern zeigt keinerlei Entspannung. Die Plünderungen haben zwar nachgelassen, aber das Elend besteht nach wie vor in seinen drückendsten Formen fort. Die furchtbare Not hat jetzt erneut die Buchdrucker in den Streik getrieben. Da jedoch die Banknotendruckereien zu lebenswichtigen Betrieben erklärt sind, und der Streik darum durch das Militärkommando inzwischen ausdrücklich verboten wurde, ergibt sich daraus eine ungeheure Verschärfung der innerpolitischen Lage. Nicht nur, daß dadurch die Regierungs- und Militärgewalt in einen schroffen Gegensatz zu den Arbeitern gerät, sondern es wird dadurch zweifellos auch ein neuer scharfer Konflikt zwischen den Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf der einen Seite und den streikenden Buchdruckern auf der anderen Seite geschaffen. Der „Vorwärts" hat bereits gegen den Streik der Buchdrucker Stellung genommen, und es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaftsspitzen in diesem Falle kaum eine andere Stellung einnehmen werden als seinerzeit in dem Eisenbahnerstreik.

Auf alle Fälle erscheinen augenblicklich, in diesen Stunden gewaltiger inner- und außerpolitischer Hochspannung, in der Hauptstadt Deutschlands keine Zeitungen, was zur Steigerung der herrschenden Nervosität nicht wenig beiträgt.

Hände weg vom Arbeiter-Deutschland!

Ein Aufruf der amerikanischen Workers-Party.

** Die hungrigen und verhungerten Arbeiter in Deutschland erheben sich gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter. Sie bereiten den Kampf vor, um in Deutschland an Stelle der kapitalistischen Regierung, die sie aushungert und unterdrückt, die Regierung der Arbeiter und Bauern zu errichten.

Die Stunde des Entscheidungskampfes rückt täglich näher. Während der vier Jahre des imperialistischen Weltkrieges dienten die deutschen Arbeiter den Autokraten, die sie beherrschten, als Kanonenfutter. Und als sie im Jahre 1918 die autokratische Regierung stürzten, wurden sie von den sozialdemokratischen Führern verraten und mit deren Hilfe durch die Kapitalisten um ihren Sieg betrogen.

Fast fünf Jahre lang haben die deutschen Arbeiter den Preis des sozialdemokratischen Verrats bezahlen müssen. Die Alliierten forderten ihr Pfund Fleisch in Gestalt von Reparationen. Deutschland wurde seines beweglichen Besitzes beraubt, um ihren Forderungen zu genügen. Die kapitalistische Regierung in Deutschland verstand es, die Kosten der Reparationen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Die deutschen Kapitalisten mästeten und bereicherten sich, während die deutschen Arbeiter rasch verelendeten und verhungerten. Immerfort zog Frankreich die Daumenschrauben an, um Deutschland zu zwingen, mehr zu bezahlen, und gleichzeitig drückte noch jedesmal die deutsche kapitalistische Regierung die Lebenshaltung der arbeitenden Massen weiter hinunter. Deutschland ist heute ein finanzielles Wrack. Der Zerstörungsprozeß des kapitalistischen Systems, der durch den Weltkrieg heraufbeschworen ist, steht in Deutschland vor seiner Vollendung.

Die deutschen Arbeiter können nicht länger leiden. Sie sind an der Grenze des Erduldbaren angelangt. Bei ihrer Not und ihrem Elend und ihrem Hunger sind sie außerstande, für die Verbrechen des Kapitalismus zu zahlen. Ihr einziger Ausweg besteht in der Zusammenfassung ihrer Massenkräfte zur Ueberwindung ihrer kapitalistischen Beherrscher und zur Schaffung einer deutschen Sowjetrepublik.

Als die Arbeiter und Bauern in Rußland ihre Sowjetregierung errichteten, koalierte sich das ganze Pack der imperialistisch-kapitalistischen Länder zum Ausrottungskampfe gegen sie. Dieselben alliierten Imperialisten, die vier Jahre hindurch den Haß gegen den deutschen Kaiser und seine Generale predigten, werden sich mit denselben Generalen, Autokraten und Kapitalisten in Deutschland verbinden, um im gewollten Zusammenwirken die Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland zu zertrümmern.

Im Weltkrieg bestand die Rolle der Vereinigten Staaten drei Jahre lang darin, die Alliierten mit Geld und Munition zu versorgen. Als die Darlehen der internationalen Bankiers und die Bezahlung der Rechnungen der Munitionslieferanten bedroht schienen, wurden Millionen von amerikanischen Soldaten nach Europa geschickt. Die Vereinigten Staaten zogen mit den verlogenen Parolen für die Demokratie und für Abschaffung des Krieges in den blutigen Völkerkampf.

Wenn einst Sowjetdeutschland entsteht und die alliierten Imperialisten mobilisieren, um es niederzuschlagen, werden die Vereinigten Staaten erneut zum Bankier und zum Munitionslieferanten für Europa werden. Und bald darauf werden die amerikanischen Kapitalisten auch wiederum die Forderung erheben, daß dem dargeliehenen Geld und der gelieferten Munition amerikanische Soldaten nachgeschickt werden müssen.

Nur der Massenwiderstand der amerikanischen Arbeiter und Farmer wird die Kapitalisten der Vereinigten Staaten daran hindern, das Leben der Arbeiter und Farmer für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus in Europa hinzuopfern. Den Arbeitern und Farmern erwächst jetzt die Pflicht, ihren Widerstand zu organisieren, um den amerikanischen Kapitalismus zu zwingen, sie nicht in einen neuen Krieg hineinzureißen.

Ueberall muß die Stimme der Arbeiter und Bauern erschallen gegen den Krieg der imperialistisch-kapitalistischen Nationen gegen die Arbeiter und Bauern in Deutschland, die den Kampf führen, um sich vor dem Verhungern, zu dem der Kapitalismus sie verurteilt, zu schützen. Unterstützt die Arbeiter in Deutschland! Die Arbeiter und Farmer der Vereinigten Staaten dürfen jetzt nicht schweigen. Sie müssen jeden Versuch der Vereinigten Staaten, sich am Kampf gegen ein Arbeiterdeutschland zu beteiligen, selbst mit unbeugsamem Kampf beantworten.

Am 7. November feiern wir den 6. Jahrestag der Errichtung der russischen Sowjetrepublik. Die amerikanische Workers Party hat zur Feier dieses Tages in allen großen Städten Massenversammlungen einberufen. Sie ruft die Arbeiter und Farmer auf,

diese Versammlungen in Massen zu besuchen und sich um die Losungen zu scharen:

Keine Intervention gegen Deutschland!

Keine Finanzierung von Kriegsmaßnahmen gegen die deutschen Arbeiter!

Keine Munitionslieferungen gegen das kämpfende deutsche Proletariat!

Hände weg vom Arbeiter-Deutschland!

Das Zentral-Exekutiv-Komitee der Workers Party von Amerika.

gez. C. E. Ruthenberg, Generalsekretär.

Politik

Die Lage in Ungarn.

Von L. F. Boroß.

Am 7. November trafen in Budapest Delegierte des Völkerbundes ein, um über die finanzielle und wirtschaftliche Lage in Ungarn und über die Möglichkeit der Gewährung einer internationalen Anleihe Informationen einzuholen. Mit der Aufrollung der Anleihefrage trat das Regime der weißen Reaktion in Ungarn in eine neue Phase ein. Die erste, blutige, kleinbürgerlich-faschistische Periode wurde nach kurzer Lebensdauer durch die Periode der „konsolidierten" Reaktion des Gutsbesitzertums und der Hochfinanz abgelöst, die zwar mit weniger Geräusch, aber mit um so größerer Konsequenz die Unterdrückung der Arbeiterschaft zu einem vollendeten System steigerte. Die nächste beginnende Etappe ist die Vorbereitungsperiode der Umwandlung Ungarns in eine Kolonie der Großen und Kleinen Entente. Der streng „nationale" Ministerpräsident, Graf Bethlen, versucht zwar bei jeder Gelegenheit noch immer zu beteuern, daß die Bedingungen, die Ungarn zu erfüllen gezwungen sein wird, um zu einer Anleihe zu gelangen, keineswegs mit der „nationalen Würde" des Landes unvereinbar seien. Der Leiter der anfangs erwähnten Völkerbundsdelegation, der Völkerbundssekretär Avenol, läßt aber in seiner Unterredung mit einem Redakteur des „Pester Lloyd" keinen Zweifel darüber bestehen, daß der Vorgang genau derselbe sein würde, der Oesterreich gegenüber befolgt wurde, als es sich darum handelte, diesem Lande eine internationale Anleihe zu gewähren.

Die Wirtschaftspolitik des weißen Regimes hat die ungarische Arbeiterbevölkerung in ein fürchterliches Elend und das Land in eine katastrophale Finanzlage gestürzt. Der Reallohn des Arbeiters beträgt ungefähr ein Drittel seines Friedensreallohnes, wobei zu bemerken ist, daß auch der Friedensreallohn des ungarischen Arbeiters bedeutend tiefer stand als zum Beispiel der eines deutschen oder westeuropäischen Arbeiters. Das Defizit des Staatsbudgets wird immer größer, die Notenpresse arbeitet immer fleißiger. Der Kurs der ungarischen Krone sinkt unaufhaltsam, wenn auch allerdings langsamer als der der deutschen Mark. Die oft wechselnden Finanzminister der Bethlen-Regierung versuchten, der Finanznot mit den verschiedensten Mitteln zu steuern; es wurde schon mit der Deflationspolitik, mit der Inflationspolitik und mit allen anderen Mitteln versucht. Jeder Versuch war natürlich schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil in keinem einzigen Lande die Besitzenden so wenig Steuern zahlen wie in Ungarn. Dabei erteilt die Notenbank an die Großindustrie und Großbanken nach deutschem Muster Papiergeldkredite, die bei der stets sinkenden Valuta den Großkapitalisten zum Schaden der Staatsfinanzen große Gewinne bringen. Trotz dieser Protektionswirtschaft kann die Industrie nicht prosperieren; die Arbeitslosigkeit wird besonders in der Metall-, in der Holz- und in der chemischen Industrie immer größer. Die Lage wurde noch durch die ständigen Wirtschaftskämpfe mit den Nachbarstaaten verschlimmert.

In dieser Lage blieb für die „nationale" Regierung kein anderer Ausweg übrig, als eine „Annäherung" (mit anderen Worten: Kapitulation) an die „erbfeindlichen" Nachbarstaaten der Kleinen Entente zu suchen und um eine internationale Anleihe zu werben. Die Bedingungen dieser Anleihe sind noch nicht festgelegt worden; aber so viel steht aus verschiedenen Aeusserungen fest, daß von Ungarn nicht nur eine volle finanzielle und wirtschaftliche Unterwerfung unter die Kontrolle der Großen und Kleinen Entente, sondern darüber hinaus auch innerpolitische Garantien gefordert werden. Zu diesen Garantien gehört vor allem der Bruch mit dem irredentistisch-faschistischen, kleinbürgerlich-lumpenproletarischen Flügel der weißen Reaktion, der wahrscheinlich durch eine strenge Militärkontrolle zu sichernde Verzicht auf geheime Rüstungen und ferner eine politische Annäherung an den demokratisch-pazifistischen Flügel der Bourgeoisie, der bisher durch die Regierung stark bekämpft und teilweise in Emigration gedrängt wurde und in dessen Schlepptau die Führer der ungarischen Sozialdemokratie einherlaufen. Das geht aus einer Rede des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Benesch hervor, der u. a. folgendes sagte: „Man muß in Ungarn begreifen, daß ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn auch dadurch gesichert werden wird, wenn zu Hause die demokratische Opposition zur Geltung kommt, insbesondere auch die Emigration." Das geschieht natürlich nicht aus menschenfreundlichen Gründen; auch denkt der tschechoslowakische Ministerpräsident gar nicht daran, die emigrierten revolutionären Arbeiter zu protegieren. Er hofft aber, in den Führern der demokratischen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie eine sichere Stütze für seine wirtschaftlichen und politischen Pläne in Ungarn gewinnen zu können.

Bethlen versucht, durch Scheinmaßnahmen und kleine Konzessionen die Erfüllung dieser Bedingungen zu umgehen. Seine — vielleicht aufrichtigen — Bestrebungen, sich der unangenehmen und die Konsolidierung des „legalen" weißen Terrors nur hindernden faschistischen Radaumacher zu entledigen, bleiben nur Scheinmaßnahmen, weil die Faschisten bis in die höchsten Stellen des Staatsapparates hinein — die Person des Reichsverwesers Horthy mit einbezogen — ihre Beschützer und Gewährsleute haben. Am Tage vor der Ankunft der Völkerbundsdelegation ließ die Regierung den faschistischen Abgeordneten Ulain und einige andere Faschisten verhaften, weil diese mit Hitler und Ehrhardt über in Ungarn und in Bayern gemeinsam durchzuführende Putschpläne verhandelten. Zugleich wurden einige Versammlungen der „Erwachenden Ungarn" verboten. Bei Ulain wurde ein Vertrag zwischen den bayerischen und ungarischen Faschisten gefunden. Nach diesem Vertrag anerkennt der Bayerische Staat (natürlich nach dem Siege Hitlers) den neuzubildenden ungarischen Staat in den Vorkriegsgrenzen. Der Titel des Vertrages heißt: „Einleitendes Abkommen zwischen den Staaten Bayern und Ungarn zum Zwecke der Errichtung einer politischen und militärischen Gemeinschaft." Bayern verpflichtet sich, an Ungarn Mannschaften spezieller Ausbildung zur besonderen Verwendung bei den ungarischen Aktionen abzugeben usw. Es wurden auch viele bayerische Staatsbürger in Budapest verhaftet, die zum größten Teil Mitglieder der Organisationen „Reichsflagge" und „Oberland" sind. Ulain soll standrechtlich abgeurteilt werden. Die Regierung macht jetzt Miene, als wollte sie diesmal mit den Faschisten tatsächlich abrechnen. Inwieweit diese Absicht ernst zu nehmen ist und inwieweit sie sich unter den heutigen Verhältnissen Ungarns verwirklichen läßt, das können wir aus folgendem beurteilen: Ulain wurde nach seiner Verhaftung auf einige Stunden freigelassen, so daß er Gelegenheit gehabt hat, seine Mitschuldigen über den Stand der Dinge in Kenntnis zu setzen. Die verhafteten bayerischen Offizere und Studenten, über die selbst der amtliche Bericht der Polizei behauptet, daß sie die heutige Regierng Ungarns durch bewaffnete Aktion beseitigen wollten, wurden mit aller Schonung behandelt und zur Grenze abgeschoben. Die sozialdemokratische Zeitung fragt mit Recht, ob die Regierung auch so verfahren wäre, wenn etwa die russische Regierung einige hundert Personen nach Ungarn geschickt hätte, um hier die Regierung durch Waffengewalt zu beseitigen. Bei seiner Vernehmung ließ Ulain durch seine Haltung vermuten, daß der Reichsverweser Horthy mit in die Putschpläne eingeweiht war, indem Ulain erklärte, daß er nur in Anwesenheit des Reichsverwesers geneigt sei, überhaupt etwas auszusagen. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß die Angelegenheit auch diesmal vertuscht und nur ein Ablenkungsmanöver gegenüber den Mitgliedern der Völkerbundsdelegation bleiben wird die aus der Geschichte den Eindruck gewinnen sollen, daß die Bethlen-Regierung wirklich gewillt ist, die Ruhe und Ordnung auch gegen rechts zu sichern. Andererseits hat Bethlen die den Reichsverweser kompromittierende Forderung Ulains vor der Oeffentlichkeit nicht verheimlichen lassen, was auf eine Spannung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Reichsverweser hindeuten läßt.

Möge nun diesmal der Konflikt zwischen den beiden Flügeln der weißen Reaktion wieder durch Kompromisse beigelegt werden, eine weitere Verschärfung des Konfliktes ist nicht mehr zu vermeiden. Bethlen will die Kapitulation durchführen. Darauf weist auch die von den faschistischen Blättern mit starker Entrüstung aufgenommene Tatsache hin, daß die Regierung sich auf der Jubiläumsfeier der tschechischen Gesandtschaft in Budapest, wo u. a. die Beraubung Ungarns um große Gebiete gefeiert wurde, vertreten ließ. Für den kleinbürgerlichen Faschismus würde aber die Kapitulation und die Entente-Kontrolle den Tod bedeuten, da mit der Gewährung der Anleihe nur dann zu rechnen ist, wenn in Ungarn ein weder von links noch von rechts gestörtes kapitalistisches Regime geschaffen und jede militärische Spielerei der Lumpenintelligenz beseitigt wird. Die Faschisten müssen also den Kampf gegen ein Kapitulationsregime aufnehmen. In welchen Formen dieser Kampf zum Ausdruck kommen wird, können wir nicht voraussagen. Aber

er wird dem Proletariat Gelegenheit bieten, den Konflikt auszunützen und selbständig in das Schicksal Ungarns einzugreifen.

Die Aktivität der ungarischen Arbeitermassen schafft sich trotz der fast vollkommenen Unterdrückung jeder Organisationsmöglichkeit in heldenhaft geführten Wirtschaftskämpfen Ausdruck. Die eigenen Massen zwangen die korrupte sozialdemokratische Führung, endlich einmal für die vollständige politische Amnestie Stellung zu nehmen. Die Haltung der sozialdemokratischen Führer in der Anleihefrage ist nur ein konsequentes Festhalten an ihrer bisherigen Taktik. Ein Teil unterstützt Bethlen bei der Kapitulation, ein anderer, der emigrierte Teil, erhofft von der tschechischen Kontrolle, oder unter Umständen von tschechischen Bajonetten die „Demokratisierung" Ungarns. Das revolutionäre Proletariat muß aber wissen, daß es weder von Bethlen noch von Benesch und dem tschechischen Imperialismus etwas erwarten kann und wird mit derselben Klarheit wie das Ruhrproletariat gegen das eigene und gegen das ausländische Kapital den Kampf aufnehmen müssen.

Wirtschaft

Das Hauptproblem der jetzigen russischen Volkswirtschaft.

Die „Schere" des Genossen Trotzki.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Daß die russische Volkswirtschaft im steten Aufblühen begriffen ist, ist eine Tatsache, die selbst von den rabiatesten Feinden der Sowjetrepublik nicht geleugnet werden kann. Das Verkehrswesen bessert sich zusehends; stellenweise hat es das Niveau der Vorkriegszeit zu 100 Prozent erreicht. Die Industrie entwickelt sich sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht immer mehr. Die Großindustrie, die sich nach wie vor in den Händen des Staates befindet, geht auf sicherm Wege vorwärts. Aber Rußland ist ein Agrarland par exellence, und die Volkswirtschaft kann nur eine gesunde Entwicklung einschlagen, wenn sie in allen ihren Teilen gleichmäßig ausgebaut wird. Seit dem Herbst dieses Jahres sind in Sowjetrußland unzweifelhafte Anzeichen einer wirtschaftlichen Krise zu verzeichnen, die sich als Absatzkrise bemerkbar macht. Diese Krise hat vor allem ihren Grund in dem Mißverhältnis, das zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und denen für Industrieartikel besteht.

In den Jahren des Bürgerkrieges, als es galt, das nackte Leben durch den Kampf und die Nöte des Kampfes durchzubringen, war natürlich Brot der teuerste Artikel. Auch in den Jahren der Hungersnot und der Mißernte waren die Preise für Getreideprodukte relativ höher als diejenigen für Industrieprodukte. Seit dem September vorigen Jahres wird das Verhältnis umgekehrt. Seit diesem Zeitpunkt fangen die Preise für Industrieartikel an, immer mehr zu wachsen, und im Vergleich mit ihnen sinkt der Brotpreis. Dieses Auseinandergehen steigert sich bis Ende Oktober 1922, dann geht die Kurve der Industrieprodukte etwas abwärts — etwa bis Mitte November — von da ab steigt die Kurve weiter ununterbrochen bis Anfang Februar 1923; um diese Zeit kommt das Auseinandergehen der Preise zu einem gewissen Stillstand, der bis Mitte März anhält. Aber dann macht die Kurve weitere Schwankungen, steigt und fällt, erreicht ihren tiefsten Punkt etwa Anfang Juli dieses Jahres und steigt von dann ab immer weiter.

Genosse Trotzki, der auf dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im März dieses Jahres über die Volkswirtschaft referierte, hat die Frage des Preisauseinandergehens besonders ausführlich behandelt. Er hat damals an Hand einer graphischen Darstellung das Mißverhältnis zwischen den Preisen für Industrieartikel und denjenigen für die Landwirtschaft demonstriert. Bezeichnet man das Verhältnis zwischen Industrie- und Agrarpreisen in der Vorkriegszeit als eine gerade Linie, so bilden seit dem Herbst vorigen Jahres die Industrie- und Landwirtschaftspreise zwei Linien, von denen die erstere aufwärts strebt, während die zweite unter der geraden Linie der Vorkriegszeit bleibt. Vor dem September vorigen Jahres war das Verhältnis umgekehrt, d. h. die Linie der Industrieartikel befand sich unterhalb der Linie der Agrarprodukte. Die Zeichnung ergibt eine Schere, deren beide Enden sich mit dem Auseinandergehen der Preise immer mehr voneinander entfernen.

Die „Schere" des Genosen Trotzki ist also der Inbegriff für die Abweichung der Entwicklung der Industrie von derjenigen der Landwirtschaft, die gegenwärtig das Hauptproblem der ganzen russischen Volkswirtschaft bildet.

Was diese „Schere" in der Praxis zu bedeuten hat, ist leicht zu sehen: sie bedeutet, daß der Bauer für seine Produkte — auch selbst wenn er für Intensivierung der Arbeit und Erweiterung der Anbaufläche so viel getan hat, wie es überhaupt in seinen Kräften steht — immer weniger kaufen kann. Der Bauer, der vor dem Kriege für einen Arschin Kattun 5,5 Pfund Mehl hergeben mußte, konnte im Sommer 1923 einen Arschin Kuttun nicht billiger bekommen als für 24 Pfund Mehl. Für eine Hose oder einen Rock muß er durchschnittlich 168 Pud Roggen hergeben, während er vor dem Kirege diese Gegenstände schon um den Preis von 16 Pud erstehen konnte. In den getreidereichen Gegenden, wo die Ernte besonders gut ausfiel und das Getreide spottbillig ist, ist dieses Mißverhältnis noch krasser. Der ukrainische Bauer muß, um ein kleines Päckchen Knaster zu kaufen, ein Pud Roggen hergeben usw.

Die Folge dieses gewaltigen Mißverhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft ist natürlich die, daß die Bauernschaft nichts kaufen kann. Die Leichtindustrie, z. B. die Textilindustrie, vor allem die Kattunerzeugung, die in Rußland eine so große Rolle spielt, hat in den letzten zwei Jahren gewaltige Fortschritte gemacht; aber der innere Markt, das gewaltige Flachland Rußlands, kann die Produktion nicht aufsaugen, weil der Käufer, der russische Bauer, mit seinen Erzeugnissen hinter den Preisen für die Textilindustrie zurückbleibt.

Die wichtigste politische Parole Sowjetrußlands ist in den letzten Jahren, um mit dem vom Genossen Lenin geprägten Wort zu sprechen, die „Smütschka", der Zusammenschluß zwischen dem Stadtproletariat und der Bauernschaft. Aber diese „Smütschka" kann nicht allein politischer, sondern muß vor allem wirtschaftlicher Natur sein. Der Zusammenhang, die Bindung zwischen Industrieproletariat und Bauernschaft wird aber durch das Auseinandergehen der Preise natürlicherweise aufs höchste gefährdet.

Es ergibt sich folgende Lage: Auf der einen Seite eine vertrustete und syndizierte Staatsindustrie, Banken, Gewerkschaften, ein Proletariat, das den Achtstundentag hat und dessen Lebensbedingungen in materieller und kultureller Hinsicht immer bessere werden — und auf der anderen Seite eine arme Bauernschaft, die unwissend und dumpf aus dem Zarismus hervorgegangen ist, die mit primitiven Urvätermethoden arbeitet und für den Ertrag ihrer Arbeit blutwenig bekommt. Natürlich ist ein solcher Zustand unmöglich in einem Lande, wo die politische Macht in den Händen des werktätigen Volkes liegt und wo die Macht im Interesse der werktätigen Massen arbeitet. So ist es begreiflich, daß gegenwärtig in der russischen Presse eine weitgehende Diskussion über die „Schere" des Genossen Trotzki und über die Mittel zur Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft geführt wird.

Außer den konstanten, man möchte sagen organischen Ursachen des Mißverhältnisses zwischen Industrie- und Agrarpreisen, die in der Rückständigkeit der russischen Industrie und der russischen Technik überhaupt begründet sind, kommt noch eine ganze Reihe von Umständen rein sowjetistischer Natur hinzu.

Die russischen Fabriken arbeiten bis jetzt noch nicht mit voller Kapazität. Im Betrieb sind nicht alle Maschinen im Gange, und wo sie im Gange sind, werden sonst nicht alle Möglichkeiten voll ausgewertet. Die Folge dessen besteht darin, daß die Fabrik, die auf diese oder jene Produktion eingestellt ist und voll erhalten werden muß, lange nicht die 100 Prozent ihrer Produktionsleistung aufbringt. Natürlich wirkt sich das direkt auf den Preis des Produktes aus.

Der verflossene Sommer war für die russische Wirtschaft eine Periode der intensiven Reparatur und Ausbesserung. Die Fabriken, die jahrelang stillgestanden hatten und deren Einrichtungen vernachlässigt waren, wurden wieder instand gesetzt. Das Umbauen, Anstreichen, Reparieren und Ausbessern hat jede Betriebsleitung monatelang beschäftigt. Die Kosten dieser Reparaturen gingen in das Produkt, denn bei dem Prinzip der Rentabilität, an das sich die Industrie seit der Einführung der „Nep" streng halten muß, konnte es nicht anders sein.

Das Prinzip der Rentabilität, das mit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik proklamiert wurde, wird aber mitunter in der Staatsindustrie übertrieben. Es wurde festgestellt, daß die Wirtschaftsleitung von Staatsbetrieben aus Angst vor Defiziten hier und da Preisaufschläge für die Waren festgesetzt hat, die der Markt kaum noch ertragen konnte. Die Betriebsverwaltung, der Trust, kalkuliert die Preise für die Produkte so, damit ja nur kein Defizit entstehen kann. Die Kalkulation wird bei dem Springen des Sowjetrubels noch erschwert. In der Kalkulation für einen Monat werden die Preise für den nächstkommenden Monat aufgenommen, damit man sich vor Ueberraschungen sichern kann. Der Wirtschafter schlägt lieber mehr auf, um nicht bei der kommenden Preissteigerung ein Minus in der Bilanz zu haben. Dazu kommen Mängel in der Buchführung, in der Registratur und in der Statistik, die nur zu begreiflich sind, wenn man bedenkt, daß der ganze sowjetistische

wirtschaftliche Apparat erst neuen Datums und vieles erst im Entstehen begriffen ist.

Um die viel zu hohen Preise für die Industrieartikel zu erklären, sprechen die Wirtschafter oft von den „Aufschlagausgaben" für die Arbeitskraft. Unter diesen „Aufschlagausgaben" sind alle Nebenkosten der Arbeitskraft zu verstehen außer dem Grundlohn. Genosse Kolegajew bringt als Beispiel dieser Nebenausgaben diejenigen in der Grobledérindustrie. Auf 100 Prozent der Arbeitslöhne kommen

für Berufskleidung	40 Prozent
für soziale Fürsorge	48 „
für Betriebsrat	5,5 „
für Kultur- und Bildungszwecke . .	7,6 „
für Klub, Kantine, Kinderheim usw.	8 „
	109,1 Prozent

Natürlich sind diese „Nebenausgaben" an und für sich ein beträchtlicher Faktor, sie verschwinden aber in der Preisbildung neben den anderen Faktoren. Gerade auf diesen Faktor kann die Arbeiter- und Bauernregierung am wenigsten verzichten, und so befassen sich die russischen Wirtschafter viel mehr mit den anderen Faktoren, die preissteigernd auf die Industrie einwirken. Es wird auf den verhältnismäßig allzugroßen Wechselkredit hingewiesen, den die Banken der Industrie gewährt haben, sodaß diese Riesenvorräte herstellen konnte; ferner wird auf den langen Weg hingewiesen, den die Ware von der Fabrik bis zu dem Konsumenten zurücklegen muß. Auf diesem Wege von der Fabrik über den Trust, das Syndikat, die Zentralgenossenschaft, die Gouvernementsgenossenschaft, die Lokalgenossenschaft und den Laden, auf dem Wege über die vielen Vermittler, schwillt der Preis immer mehr an. Ein Arschin Kattun, der vom „Zentrosojus" (Zentralgenossenschaft) mit 32 Kopeken und einem Aufschlag für das flache Land von 1 bis 1½ Kopeken (in Gold) veranschlagt wird, erreicht den Bauer mit dem Preis von 60 bis 70 Kopeken.

Die Frage der Reorganisation der Industrie, der Verbilligung der Industrie, gehört jetzt zu den wichtigsten Fragen im Wirtschaftsleben Sowjetrußlands. Die Reorganisation der Industrieleitung bewegt sich auf diesem Geleise. Rußland, das eine Periode der primitiven Kapitalakkumulation durchmacht und keine Auslandskredite hat, ist auf eigene Kräfte angewiesen. Die Grundbedingung seiner Existenz ist eine gleichmäßige Gesundung aller Teile der Volkswirtschaft. Um die beiden Enden der „Schere" näherzubringen, muß die Industrie billiger oder die Landwirtschaft teurer werden. Es fehlt auch nicht an Vorschlägen im letzteren Sinne — bis auf Vorschläge einer staatlichen Zwangs-Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte. Der Getreideexport und das Erscheinen der russischen landwirtschaftlichen Produkte auf dem Auslandsmarkte wird auf die Preise für die russischen landwirtschaftlichen Produkte steigernd wirken. Hand in Hand damit geht eine allgemeine Hebung und Sanierung der russischen Landwirtschaft, für die die jüngste große landwirtschaftliche Ausstellung in Moskau das beste Zeugnis abgab.

Die Diskussion über die „Schere" und die Bemühungen der Sowjetregierung in dieser Hinsicht sind der beste Beweis dafür, daß Sowjetrußland die Periode der anarchischen Zustände in der Wirtschaft endgültig überwunden hat und sich auf dem Wege zu dem Aufbau einer absolut planmäßigen, in den Händen des Staates befindlichen und kontrollierten Wirtschaft zugunsten der werktätigen Massen befindet.

Arbeiterbewegung

Die Ruhr-Arbeiterschaft unter den Schlägen des geeinigten deutsch-französischen Kapitals.

Von Z. Leder.

** Ein russisches, in Berlin erscheinendes Blatt, hat in diesen Tagen mit Recht darauf hingewiesen, daß die Lage der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets in der Presse merkwürdig wenig Beachtung findet. Diese Arbeiterschaft hat die ganze Last des Ruhrkrieges auf ihrem Rücken getragen, gegen sie richteten sich alle Schläge des siegestrunkenen französischen Imperialismus, gegen sie richten sich gegenwärtig alle Schläge des besiegten, aber um so mehr wucherische Instinkte äußernden, geschlagenen deutschen Schwerkapitals. Und trotzdem ist das Schicksal dieser doppelten Opfer der internationalen Bourgeoisie von einer Verschwörung des Schweigens umgeben.

Die Tatsache selbst bildet nur einen Bestandteil der gegen das Ruhrproletariat gerichteten Kampagne der internationalen Schwerindustrie. Insoweit die Presse in Frage kommt, die sich im Besitz von Stinnes, Klöckner, Hugenberg usw. befindet, ist deren Schweigen über das Schicksal des Ruhrproletariats vollständig. Die Mundtotmachung der kommunistischen Presse im Ruhrgebiet gehört zu demselben Kapitel.

Wenn auch unsere Informationen über die Vorgänge im Ruhrgebiet unter den oben gebildeten Umständen nicht allumfassend sein können, so seien hier wenigstens zwei Tatsachen aus zwei verschiedenen Gebieten herausgegriffen.

Man meldete aus Mülheim unterm 5. November, daß die Zechen und Werke des Thyssen-Konzerns am Samstag, den 10. November, die Arbeit vollständig einstellen. Als Grund wird angegeben, daß die Beschaffung der für die Zahlung von Gehältern erforderlichen Mittel nicht möglich sei. Ueber die Lage seien der Betriebsausschuß und die Gewerkschaften eingehend unterrichtet und verständigt worden. (Bochumer Anzeiger vom 6. November).

Kein Mensch wird daran glauben, daß es dem Thyssen-Konzern wirklich an notwendigen Betriebsmitteln fehlt. Man muß den wirklichen Grund der Betriebsstillegung in dem Bestreben sehen, das vom Reichsverband der deutschen Industrie **ganz bewußt und planmäßig verfolgt wird, die Arbeiter durch Betriebsstillegungen auszuhungern und mürbe zu machen, um sie später in eine solche Lage zu versetzen,** in der sie sich jedem Diktat der Scharfmacher fügen würden. Hungerlöhne, 10- bis 12stündige Arbeitszeit, vollständige Rechtlosigkeit in dem Betrieb — das sind die „sozialpolitischen" Ziele, die das Stinnes-Thyssen-Kapital durch seine Politik verfolgt. Wir sehen eine Bestätigung unserer Behauptung und Beschuldigung darin, daß die Dortmunder Handelskammer in ihrem Bericht über die Lage der Eisenindustrie im Oktober ausdrücklich erklärt: „Um das deutsche Volk aus dem Währungselend herauszubringen, und durch das freie Spiel der Kräfte die Arbeit wieder produktiver zu gestalten, wird **neben der Rückkehr zur vermehrten Arbeit** auch die Aufhebung aller Zwangswirtschaft unerläßlich sein." („DAZ." vom 5. November.)

Ein im höchsten Maße verwerfliches Doppelspiel wird von dem französischen Imperialismus bei dieser Aushungerungskampagne der deutschen Schwerindustrie gegen die deutschen Arbeiter getrieben. Schon Anfang Oktober, nach dem historischen Streich Stinnes' mit dem Siebenstundentag im Bergbau und seinen Unterhandlungen mit General Degoutte gebärdete sich die französische Presse, mit dem „Temps" und dem „Journal des Debats" an der Spitze, sehr entrüstet über die Versuche des Stinneskapitals, die Ausbeutung des deutschen Arbeiters in unerhörtem Maße zu dem Zweck zu steigern, auf diese Weise die Produktionskosten herabzusetzen und die Ueberschwemmung der ausländischen Märkte mit billiger Ware zu ermöglichen. Auch Herr Poincaré erklärte in seiner letzten „Sonntagsrede", daß „Frankreich nicht verhandelt und nicht verhandeln werde mit solchen, die im Begriffe sind, Abkommen auf Kosten der Arbeiterschaft abzuschließen". Um ihre Arbeiter vor Arbeitslosigkeit zu schützen, rieten Poincaré und General Degoutte den Kapitalsmagnaten des Ruhrgebietes, einfach ihre ungeheuren Profite anzugreifen, die sie seit 1919 aufgehäuft haben. („Temps" vom 2. November.) Auch das große Tageblatt der Industriellen, „Journee Industrielle", belehrte dieser Tage Herrn Stresemann ähnlicherweise, daß „ein moderner Staat seine Solidität, ja selbst seine Dauerhaftigkeit nur durch die materiellen sozialen und moralischen Lebensbedingungen der Volksmassen befestigen kann."

So heißt es von französischer Seite, **offiziell und offiziös.** Aber gleichzeitig werden Verhandlungen mit Wolff, Krupp, Stinnes und anderen Kapitalsmagnaten des Ruhrgebietes geführt, Abkommen unterzeichnet, eine „Rheinische Republik" mit allen Kräften ins Leben gerufen — eine Republik, die das Reich des vertrusteten französisch-deutschen Kapitals bilden soll. Und, wenn die Stunde schlägt, dann wird die französische Schwerindustrie auf „vollzogene Tatsachen" hinweisen, vor die sie die deutsche Schwerindustrie gestellt habe, um zu fordern, daß auch in Frankreich alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft abgebaut werden, um es jetzt gegenüber Deutschland „wettbewerbsfähig" zu machen. So steht das Spiel, daß das deutsche und französische Schwerkapital mit der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets aufzieht.

Was tut aber die Arbeiterschaft, was kann sie tun?

Am 7. November abends meldete der schwerindustrielle „Tag" aus Gelsenkirchen, daß — entgegen den Versicherungen von anderer Seite — die Wirtschaftslage sich im Ruhrgebiet von Tag zu Tag in steigendem Maße zuspitzt. Während die erwerbstätigen Bevölkerungskreise infolge der Teuerung zum Hungern verurteilt sind, ist die große Menge der Bevölkerung auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen. Dabei sind blutige Krawalle an der Tagesordnung. Am 4. November, nachmittag, veranstalteten z. B. die Belegschaften der „Zeche Bonifacius" eine erregte Demonstration vor dem Gebäude der Betriebsleitung, weil die ausgezahlten Erwerbslosengelder so niedrig sind, daß sie kaum für Brot ausreichen. Die Demonstration zog sich

drei Stunden hin und führte (nach der Meldung des „Tag"-Korrespondenten) dazu, daß der Betriebsführer mißhandelt und der Betriebsinspektor als Geisel festgesetzt wurde. Die herbeigeholte Polizei beeilte sich natürlich, den Hunger der Erwerbslosen mit blauen Bohnen zu stillen. Ein Bergmann ist getötet, 30 bis 35 Leute sind verwundet worden. Auf der anderen Seite sollen ein Polizeibeamter und mehrere Betriebsbeamte schwer verletzt worden sein.

Das ist eins von den Tagesbildern aus dem Ruhrgebiet. Der Korrespondent des Hugenbergschen „Tag" sieht sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die Bergleute in den letzten vierzehn Tagen ungefähr 280 Milliarden ausbezahlt bekommen haben, während ein Pfund Schmalz im Ruhrgebiet schon am 7. November 280 Milliarden kostete. Sein Wunsch gehe dahin, daß von Berlin aus so schnell wie möglich eine Anpassung der Erwerbslosenbezüge an die Teuerung erfolge, weil „weitere Exzesse sonst unvermeidlich sind."

Ein anderes Bild aus Düsseldorf: Nach einem Bericht des „Temps" vom 2. November aus Düsseldorf soll General Degoutte in den letzten Tagen mit den Gewerkschaftsführern des Ruhrgebiets Gespräche geführt haben, die „ein günstiges Echo" in den Arbeiterkreisen gefunden haben. In einer Versammlung des Metallarbeiterverbandes in Herne habe der Verbandssekretär Vogt über die Verhandlungen mit Degoutte berichtet. Die Gewerkschaftsvertreter haben den Industriellen am Tage nach den Gesprächen mit Degoutte erklärt, daß, falls diese die Betriebe nicht wieder in Bewegung bringen werden, die Arbeiter ohne sie auskommen und es selbst machen würden.

So viel über die Vorfälle, wie sie vom „Temps" berichtet werden. Hiernach sollen also die verzweifelten Arbeiter, mit Begünstigung der französischen Okkupations-Generale, die Betriebe vielleicht besetzen, sich in Bewegung bringen — auf das Risiko hin, morgen an ihre deutschen „Herren" verkauft und verraten zu werden, namentlich in dem Moment, wo diese den von den französischen Imperialisten geforderten Preis zu zahlen gewillt sein werden. Aber sie vertrauen darauf, daß sich die Ruhrarbeiterschaft nicht davon ablenken lassen wird, um ihre Sache zu kämpfen, anstatt kampf- und klanglos am Hunger zu verrecken.

Aus der Internationale

Die Norwegische Arbeiterpartei von Tranmael gespalten!

Von R. Schüller.

** Mitten in einem entscheidungsvollen und aufreibenden Kampfe gegen ihre Bourgeoisie haben die Kommunistischen Parteien die Nachricht über die Spaltung der Norwegischen Arbeiterpartei (Sektion der KI.) erhalten. Auf dem außerordentlichen Kongreß der NAP., der vom 2. bis 5. November in Kristiania tagte, haben 169 Delegierte unter Führung von Tranmael, Bull, Falk, Lian mit der Kommunistischen Internationale gebrochen und die NAP. gespalten. Die Minderheit — 100 Delegierte — sind der KI. und den Grundsätzen der Partei treu geblieben und haben nach dem Austritt der 169 Mehrheitler den Parteitag der NAP. (Sektion der KI.) fortgesetzt. Der Name der Partei wurde in Kommunistische Partei umgewandelt und seit dem 5. erscheint in Kristiania neben dem „Arbeiderbladet" des Spalters Tranmael das „Kommunistblad" unserer Partei.

Was ist der Inhalt dieser schicksalsschweren Ereignisse, die von der ganzen Bourgeoisiepresse mit Freudengeheul aufgenommen wurden? Diese Vorgänge bedeuten, daß die offenen und versteckten Gegner der KI. in der alten NAP. mit ihrer dauernden Drohung gegen die KI. ernst gemacht und einen für die ganze internationale Arbeiterbewegung äußerst schwierigen Moment benützt haben, um das Band zwischen der NAP. und der KI. zu zerreißen. Es bedeutet aber weiter, daß sie sich verrechnet haben und nun in Norwegen eine wirkliche kommunistische Sektion der KI. entstanden ist.

Die Krise in der NAP. ist so alt wie ihre Mitgliedschaft in der KI. Der Anschluß der NAP. an die KI. erfolgte 1919 in der Epoche der hochgehenden Revolution unter dem mächtigen Drucke der Massen. Die NAP. kam aber in die KI. nicht als eine Kommunistische Partei, sondern in Wahrheit noch als eine halbkommunistische Labor Party, die nicht auf individuelle Mitgliedschaft, sondern auf kollektiven Anschluß von ganzen Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut war. Natürlich behielt sie so eine Masse nichtkommunistischer ja selbst sozialdemokratischer Mitglieder. Auch die alte, halb syndikalistische, halb sozialdemokratische Führergruppe ging teils aus Gefühlen der Sentimentalität, teils aus berechnendem Opportunismus mit der Partei in die KI. Aber seit dem II. Kongreß der KI. im Jahre 1920 (21 Bedingungen!) begann der Widerstand gegen die KI. Die schlimmsten Sozialdemokraten traten zwar damals aus, aber die Partei kam dennoch nicht zur Einheit. Und mit dem weiteren Niedergang der revolutionären Welle bildete sich auf der Basis der Depression der Massen aus den Intellektuellen der Partei eine bestimmte antikommunistische und antibolschewistische Gruppe Mot-Dag, die von Bucharin auf dem Parteikongreß im Februar d. J. als zukünftige Faschisten bezeichnet wurde. Und diese Gruppe (die Bull, Falk und Konsorten) faßte nun die oppositionellen Strömungen der Halbsyndikalisten (Tranmael) und der Zentristen (Lian) zu einem großen Oppositionsblock gegen die KI. zusammen.

Nach mannigfachen Reibungen kam es nach dem IV. Weltkongreß der KI. zum offenen Ausbruch der Krise. Die Mehrheit (Tranmael-Bull-Lian) beantwortete die Beschlüsse des Kongresses zur Schaffung einer Weltpartei mit dem Beschluß des Austrittes aus der KI. Jedoch ein Proteststurm der Mitglieder zwang die Mehrheit zur Zurückziehung dieses Beschlusses. Und hier muß gesagt werden: Es gibt keine Partei, die unter besonderer Berücksichtigung des Landes von der KI. so langmütig und tolerant behandelt wurde wie die NAP. Auch aus diesem traurigen „21. Dezember-Beschluß" zog die KI. keine Weiterungen, sondern sandte ihre prominentesten Vertreter nach Kristiania, erreichte in der kameradschaftlichsten Weise die Aufrechterhaltung der Einheit und die Vermeidung des Bruches. In diesem Sinne wirkte sie auch auf dem Parteitag im Februar.

Aber trotz des Lippenbekenntnisses des Parteitages zur loyalen Durchführung der Beschlüsse der KI. begann die Mehrheit nach der Sitzung der Erweiterten Exekutive die Offensive gegen Moskau. Sämtliche Beschlüsse der Erweiterten Exekutive wurden glatt abgelehnt, der Jugendverband, der für die KI. eintrat, wurde geknebelt und einige treue Parteigenossen, die der Minderheitsgruppe angehörten, wurden ausgeschlossen. Es war klar, daß die von den Mordagisten geleitete Mehrheit darauf hinarbeitete, entweder durch ihren brutalen Vorstoß der KI. ihren Willen aufzuzwingen oder mit ihr zu brechen.

Die Mehrheit verlangte Revision der Statuten der KI. im Sinne des Abbaues des internationalen Zentralismus: sie lehnte die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung für Norwegen als eine „opportunistische" Gefahr und als nicht aktuell ab; sie lehnte es ab, für die Rote Gewerkschafts-Internationale einzutreten und verwarf den Beschluß der Erweiterten Exekutive in der Religionsfrage. Die Ueberführung der Partei von der kollektiven zur individuellen Mitgliedschaft wurde sabotiert, der der KI. treue Jugendverband wurde bekämpft.

Hier handelte es sich um die Kernfragen kommunistischer Organisation und Politik, hier ging es um für oder gegen die Kommunistische Internationale. Die Exekutive trat nach der Sitzung der Erweiterten Exekutive mit einem Offenen Brief an die Parteimitgliedschaft heran, wo sie noch einmal in kameradschaftlicher Weise alle Fragen auseinandersetzte, aber eindeutig erklärte, daß es sich hier bereits um „für oder gegen die KI." handelte. Jedoch die Mehrheit berief einen außerordentlichen Kongreß ein und legte diesem völlig unversöhnliche, durchweg gegen die Beschlüsse der KI. gerichtete Vorschläge vor. Die Exekutive der KI. tat alles, um die Einheit aufrecht zu erhalten, aber in einem dem Parteitage vorgelegten Brief „Erklärung und Vorschlag" erklärte sie gleichzeitig, daß man keine Beschlüsse gegen die KI. fassen sollte, weil die KI. dies nun schon als den Bruch der betreffenden Delegierten mit der KI. ansehen müsse.

Jedoch die Mehrheit lenkte nicht ein, sondern blieb unversöhnlich. Die Vertreter der Exekutive versuchten beharrlich, einen Bruch zu vermeiden und gingen bis zur äußersten Grenze des Verständigungswillens. Aus den Reihen der Mehrheit selbst kamen Stimmen, die versuchten, die Mehrheit in ihrem feindlichen Vorstoß gegen die KI. aufzuhalten. Umsonst. Alle Verständigungsversuche scheiterten angesichts des entschlossenen, feindlichen Widerstandes der Mehrheit, die ganz unter Führung der Mot-Dag-Leute gekommen war. Die Mehrheit lehnte es sogar rundweg ab, eine Kommission einzusetzen, die Wege der Verständigung finden sollte; sie lehnte den Vorschlag des „Zentrums", die Abstimmung nicht vorzunehmen, sondern erst noch die Mitglieder zu befragen, glatt ab. Sie war zum Bruch entschlossen. 169 Delegierte verwarfen den Vorschlag der KI. und traten aus der KI. aus. Die Minderheit führte den Parteitag als Sektion der KI. weiter.

Die Tranmael-Bull-Lian haben den bestimmten Willen der Mitglieder mißachtet, sie haben den Austritt aus der KI. und die Spaltung in einem Augenblick vollzogen, da die internationale Arbeiterschaft nichts so notwendig braucht wie Einheit und ihre internationale Führerin. Aber sie irren, wenn sie glauben, die NAP. mitnehmen zu können. Jetzt beginnt erst die Entscheidung der hintergangenen Mitglieder, und es ist sicher, daß die Mehrheit der Mitglieder nicht den Deserteuren und „Na-

tionalkommunisten" folgen wird, sondern der Sektion der KI., **der Kommunistischen Partei Norwegens.**

Tranmael-Bull-Lian, die Organisatoren des Kampfes „gegen Moskau", erfüllten in Wirklichkeit die historische Rolle für die Bourgeoisie, die Einbeziehung der skandinavischen Arbeiterschaft in den revolutionären Kampf der Arbeiterschaft des Kontinents zu verhindern. Mit Recht begrüßt eine der größten bürgerlichen Zeitungen Norwegens Tranmael nach dem Bruche als **den heiligen Georg, der, die norwegische Heimat schützend, den „asiatischen" Drachen des Kommunismus und Sowjetrußlands erlegt hat.** Die Herren freuen sich zu früh. Norwegen bleibt durch das Verbrechen der Mehrheit vor dem Kampfe der Kommunistischen Internationale nicht bewahrt. Im Gegenteil, die neue Epoche, die jetzt in Norwegens Arbeiterbewegung einsetzt, bedeutet den Beginn der Einbeziehung Skandinaviens in die Weltrevolution. Denn eine kräftige wirklich Kommunistische Partei ist entstanden!

Deutschlandhilfe

Internationaler Hungerhilfs-Kongreß für Deutschland.

Einladung zu einem internationalen Kongreß aller Hilfsorganisationen und Komitees mit dem Thema: Hunger in Deutschland.

** Aehnlich wie im Jahre 1921, als durch eine furchtbare Naturkatastrophe Millionen von russischen Bauern und Arbeitern von schwerer Hungersnot bedroht wurden, regen sich heute in der ganzen Welt Hunderttausende von Händen, um den von gleicher Not bedrohten deutschen Arbeitern, Beamten, Kleinrentnern und anderen unbemittelten Schichten zu helfen.

Fast alle Organisationen und Komitees, die im Jahre 1921 mit uns zur Linderung der russischen Not arbeiteten, haben heute die Hilsaktion für das hungernde Deutschland aufgenommen.

Wieder wie im Jahre 1921 ergreifen wir die Initiative zur Einberufung eines internationalen Kongresses, der alle heute für die deutsche Hungerhilfe tätigen Organisationen und Personen vereinigen soll. Dieser Kongreß wird neue große Schichten von Hilfsbereiten für die Aktion gewinnen und gleichzeitig darüber beraten können, wie ein Gegeneinanderarbeiten verhindert und ein Miteinanderarbeiten der einzelnen Hilfskomitees und Organisationen herbeigeführt werden kann.

Der Kongreß findet statt am Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 11 Uhr, in Berlin (Reichstaggebäude).

Anmeldungen, Zuschriften, Vorschläge usw. bitten wir zu richten an unsere Zentralstelle zu Berlin, Unter den Linden 11.

Internationale Arbeiterhilfe.

Das Zentralkomitee:

gez. Clara Zetkin, Käte Kollwitz, Dr. Alfons Paquet, Ernst Toller, Willi Münzenberg, Max Barthel (Deutschland); Anatol France, Henry Barbusse, André Marty (Frankreich); Henriette Roland-Holst, Edo Fimmen, J. W. Kruyt, J. Brommert (Holland); Martin Andersen-Nexö (Dänemark); Ture Nerman, Z. Höglund (Schweden); S. Sievertsen (Norwegen); J. Matthieu, Pastseel (Belgien); Prof. Forell, Fritz Platten (Schweiz); Smeral, Kreibisch (Tschechoslowakei); Prof. Graziadei, Misiano (Italien); Upton Sinclair, A. Davis (Amerika); Helen Crawfurd, Edgar Whitehead (England); Lunartscharski. Petrowski, Bogdanow, Maxim Gorki, Olga Kamenew (Rußland).

Die Hilfsfront erweitert sich.

Eine internationale Konferenz in Prag.

** Am 5. und 6. November trat in Prag eine Konferenz der internationalen Arbeiterhilfe zusammen, die beschickt war **von Vertretern Hollands, Oesterreichs, Argentiniens, Rußlands, Deutschlands** und der **Tschechoslowakei.** Die Konferenz befaßte sich mit der Organisierung einer Hilfsaktion für das hungernde Deutschland. Die Teilnehmer waren sich einig über die Notwendigkeit einer solchen Aktion, und einige Vertreter konnten berichten, daß die Arbeit in ihrem Lande bereits im Gange ist. Besonders interessant waren die Ausführungen des holländischen Vertreters, der mitteilte, daß die Arbeit in Holland schon vor zwei Wochen begonnen habe und daß Lebensmittel- und Kleidersammlungen so glänzende Resultate erzielt haben, daß bereits in wenigen Tagen der erste Transport nach Berlin abgehen wird. Verhandlungen mit dem „Roten Kreuz" zwecks Beförderung der Waren sind im Gange, und das „Rote Kreuz" hat seine Hilfsbereitschaft ohne weiteres in den Dienst dieser edlen Sache gestellt.

Der österreichische Vertreter berichtete, daß auch in Wien die ersten Vorbereitungen zur Durchführung der Hilfsaktion getroffen seien. In wenigen Tagen soll der bekannte russische Violinkünstler Sörmus in Konzerten auftreten und zugunsten der hungernden deutschen Kinder spielen.

Aufrufe

An die Antimilitaristen aller Länder!

Teure Freunde!

** Wir, die aktiven russischen Antimilitaristen im imperialistischen Kriege 1914—1917, haben uns während der Zeit der großen russischen Oktoberrevolution 1917—1923 aktiv an der Schaffung eines friedlichen kommunistischen Aufbaues in Rußland beteiligt und arbeiten bis zum heutigen Tag ununterbrochen auf diesem Gebiet. Wir sind der Ansicht, daß die Zusammenarbeit der Kommunistischen Partei mit Rußland völlig denkbar und möglich ist, da sie dem Interesse der proletarischen Diktatur dient. Wir treten schon aus dem Grunde für die proletarische Diktatur ein, weil die Weltbourgeoisie jahrtausendelang die Arbeiter und Bauern unterdrückt und erklärt hat, daß das **„gemeine Blut" immer geknechtet** sein und das **„edle Blut" immer herrschen soll.**

Wir waren über diese Ungleichheit der Klassen stets aufs äußerste empört und auf dem Höhepunkt der Kriegswut, im Jahre 1914, haben wir ununterbrochen protestiert und uns geweigert, an dem von den „kriegliebenden Diplomaten" herbeigeführten und von Kaisern und Königen sanktionierten, mörderischen Bruderkrieg teilzunehmen. Die Zarenregierung hat uns dafür zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Im März 1917 wurden wir durch den Willen der Volksmassen aus dem Zuchthaus befreit. Kaum hatten wir die Freiheit wiedererhalten, so versuchte die Kerenski-Regierung, uns von neuem in die Armee einzureihen. Erst die große Oktober-Revolution, die die Kerenski-Regierung gestürzt hat, hat uns endgültig von der Militärpflicht befreit, indem das Dekret vom 14. Januar 1919 herauskam, wonach alle Personen, die aus religiösen und ethischen Gründen aufrichtige Antimilitaristen sind, vom Militärdienst befreit werden können. Gegenwärtig stärkt sich aber unter uns immer mehr das Bewußtsein, daß wir **zusammen mit den Arbeitern und Bauern der proletarischen Revolution in der Roten Armee dienen müssen,** und einige der Unseren befinden sich schon in ihren Reihen. Wir sind überzeugt, daß die Stunde nahe ist, in der die Völker Europas, Asiens und Amerikas sich ebenfalls gegen ihre bürgerlichen Führer erheben und die gesamte Volkswirtschaft in ihre eigene Verwaltung nehmen werden.

Die letzten Ereignisse in Deutschland zeigen uns offensichtlich, daß eine allgemeine Konzentrierung der Kräfte und die Zusammenfassung der Vertreter der gesamten Kulturmenschheit erforderlich ist, wenn die Arbeitermassen aller Länder, und namentlich Deutschlands, aus den herannahenden schicksalschweren Ereignissen siegreich hervorgehen wollen.

Die Episode in Bulgarien beweist auf das klarste, daß sich die Arbeiterklasse, wenn sie knechtisch und unterwürfig bleibt, der Gefahr aussetzt, schwer unter der Diktatur der Bourgeoisie zu leiden, und daß die Niederlage der Arbeiterklasse in allen Ländern zu einer langen Reihe imperialistischer Kriege führen muß.

Aus diesem Grunde treten wir gegen die Faschisten sowohl als auch gegen die Menschewisten, die Sozialrevolutionäre und gegen die bürgerlichen Pazifisten auf, die mit allen Kräften und Mitteln den Triumphzug der proletarischen Revolution in der ganzen Welt zu hindern bestrebt sind.

Wir konstatieren aber auch die erfreuliche Erscheinung, daß die ehrlichsten und besten Elemente der Menschheit einen entschiedenen Kampf gegen die finsteren Kräfte eingeleitet haben. Das zeigt die riesige Zahl der Antimilitaristen, die in den Kasematten der hochzivilisierten Länder, wie Amerika, England, Indien, Frankreich, Italien und Bulgarien, sitzen. Aus diesem Grunde wenden wir uns an die Antimilitaristen aller Länder wie auch an die ehrlichen Sektierer der ganzen Welt, den Kämpfern für den allgemeinen Frieden, für das Glück der gesamten Menschheit auf dem Wege der Internationalen Roten Hilfe (MOPR.) mit allen Kräften zu helfen.

Moskau, 13. Oktober 1923.

Das Büro:

A. S. Sasonew, I. G. Alfimow, S. Jewlanow, M. A. Wychwantjuk, G. B. Gerassimow.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.